

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 193.

Freitag, den 20. August 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das Parteifest auf Schloß Wyden.

Wenn auch der Himmel im Bunde mit der Sozialdemokratie ist, so kann es uns wohl nimmer fehlen, und das war Sonntag der Fall. Am ganzen Vormittag sowie in den Mittagsstunden war das Wetter recht unheiter; allein am Nachmittag hellte es sich auf und ein heiterer sonniger Himmel wölkte sich über der Menschenmasse, die sich von nah und fern zur Erinnerung an den Kongress zusammengefunden hatte, den die deutsche Sozialdemokratie vor 17 Jahren hier abhielt und der der erste unter dem Ausnahmegesetz war. Freilich waren wir nicht im Schlosse, wie am 20. August 1880 die Teilnehmer des Kongresses, sondern auf der benachbarten Wiese, die dem Wirthe gehört, der heute so gut für Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse der Versammelten gesorgt hatte.

Damals gehörte das alte Schloß der Gemeinde Dissingen, die in bereitwilliger Weise dasselbe den Sozialdemokraten überließ; heute aber ist es Eigenthum des nationalliberalen Professors Häberlin in Konstanz, der vor einigen Tagen in der „Neuen Züricher Zeitung“ feierlich versicherte, daß die Zusammenkunft der Sozialdemokraten nicht in den geheiligten Räumen seiner alten Schloßbude stattfände, sondern auf einer benachbarten Wiese, womit er glücklicherweise jeden Verdacht einer schlechten Gesinnung von sich abwälzte.

Von Winterthur und Zürich waren Extrazüge nach Dissingen abgegangen; in dem Züricher waren wohl gegen 1000 Personen. Von Stein a. Rh., Schaffhausen, Romanshorn, Dersikon, Konstanz, Uster u. a. Orten waren die Vereine mit ihren Fahnen erschienen, ja sogar von Bern kam eine Abordnung mit der Vereinsfahne. Der Zug von Dissingen nach dem Festplatze zählte wohl über 2000 Teilnehmer; voran marschirte die Festmusik von Schaffhausen und dann folgten 24 Vereinsfahnen, die in ihrer Buntheit mit dem vorherrschenden Roth dem ganzen Zug Farbe verliehen.

Um 2 Uhr eröffnete Genosse Witt von Zürich mit einer kurzen Ansprache die auf gegen 5000 Teilnehmer angewachsene Versammlung, die zu einem großen Theile aus den Einwohnern der bäuerlichen Nachbargemeinden bestand. Im Anschluß an seine Eröffnungsworte verlas Genosse Witt Telegramme und Zuschriften aus Cannstadt bei Stuttgart, Lausanne und Bern. Das Telegramm des sozialdemokratischen Vereins in Cannstatt lautet: „Wir senden Ihnen nach einem Vortrag über jene ereignisreichen Tage 1880 unsere herzlichsten Glückwünsche als den Beweis unserer Hochachtung und unseres Vertrauens zu allen jenen Männern, die dort taten.“ — Die Zuschrift der Berner Genossen lautet: „Der Solidarität und Verbrüderung des internationalen Proletariats, die sich heute in so großartiger Weise auf Schloß Wyden manifestirt, unser Hoch! Unser Hoch auch den beiden Männern, in deren Personen sich diese Verbrüderung und Solidarität verkörpert, unsern trefflichen, bewährten Vorkämpfern August Bebel und Hermann Greulich!“ — Der längeren Zuschrift der Genossen in Lausanne entnehmen wir die Schlusssätze: „Genossen und Genossinnen! In diesem Tage, wo Sie einen glorreichen Gedenktag aus dem weltgeschichtlichen Kampfe der deutschen Sozialdemokratie feierlich begehen, laßt uns laut erschallen den jetzt genau 50 Jahre alten Schloß- und Mahnruf des kommunistischen Manifestes: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Mag man sich dann an der Nema vereinigen und „heilige“ Allianzen schmieden, so viel man wolle — unser der Sieg trotz alledem! denn „trotz Faure und Nickel, geht vorwärts das Behikel!“

Es folgten Musik- und Gesangsvorträge und sodann die dreiviertelstündige Festrede des Genossen Bebel. Er erinnerte daran, daß von dem Wydener Kongress die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie ausging und schilderte sodann die äußeren Umstände, unter denen der Kongress zusammentrat und tagte. Die Schweizer, die als Zuhörer den Verhandlungen beiwohnten, staunten, daß man damals, um solche ruhigen und sachlichen Beratungen zu pflegen, sich aus Deutschland an einen abgelegenen Ort in der Schweiz flüchten mußte. Bebel erinnerte dann daran, daß bereits nach dem Fall der Kommune in Paris der Plan zu einer internationalen Verfolgung der Sozialdemokratie auftauchte, aber an dem Widerstande verschiedener Staaten, auch der Schweiz,

scheiterte. Als nach der Vereinigung der Sozialdemokratie auf dem Kongress in Gotha die Partei mächtig wuchs, hielt man es zu ihrer Zurückdrängung für nöthig, eine Verschärfung des Strafgesetzes zu beantragen, welcher reaktionäre Versuch aber ebenfalls im Reichstage scheiterte. Dafür folgten die scharfen Verfolgungen der Partei unter Lessdorf, der sich die Kampfunfähigkeit der Sozialdemokratie zum Ziele gesetzt hatte, jedoch nicht erreichte, wie das fortschreitende Wachstum der Partei zeigte. Man kamen die beiden Attentate eines verlotterten Subjekts und eines Nobiling, mit denen die Sozialdemokratie nicht das mindeste zu thun hatte, die aber nichtsdestoweniger von Bismarck als gewünschter und willkommener Anlaß zur Schaffung des Sozialistengesetzes benützt wurden. Bebel gab in kurzen Zügen eine Uebersicht über die Anwendung und die Wirkungen des Ausnahmegesetzes, über die Verfolgungen und riesigen Opfer, welche die Partei erdulden und bringen mußte und wie sie trotzdem oder gerade deswegen sich so ausbreitete, daß sie 1890 nach zwölfjähriger Wirksamkeit des Ausnahmegesetzes mit 1,2 Millionen Stimmen die stärkste Partei Deutschlands war und heute noch ist. Wieder zurückkommend auf den Wydener Kongress verurtheilte Bebel in scharfen Worten das lächerliche Gebahren des gegenwärtigen nationalliberalen Schloßbesizers. (Der Herr soll in der Versammlung gewesen und somit das Urtheil selbst gehört haben.) Sodann berührte Bebel die kaiserliche Vorherrschaft von 1881, welche den Forderungen der Sozialdemokratie zum Theil Rechnung tragen wollte; die Arbeiterschutzesetzgebung, insbesondere die Versicherungen, von denen Bismarck zugeben mußte, daß sie ohne die Sozialdemokratie nicht geschaffen worden wären; die kaiserliche Erlasse von 1890 und die internationale Arbeiterschutzeskonferenz in Berlin, welche Vorgänge nichts anderes als Konzessionen an die Sozialdemokratie waren. In interessanter Weise beleuchtete Bebel den Umschwung, der in der öffentlichen Meinung der ganzen Kulturwelt der Sozialdemokratie gegenüber in den letzten 15 Jahren zu bemerken war. Insbesondere führte er hierfür die internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresse, die Vertretung der Sozialdemokratie in fast allen Parlamenten und in den Gemeindebehörden an und erinnerte an den Petitionskampf, der 1881 im Kanton Zürich gegen die geplante Abhaltung des internationalen Sozialistenkongresses inskribirt wurde, während 1893 ein solcher ganz ruhig tagen konnte und in den nächsten Tagen mit Unterstützung der schweizerischen Bundes- und der Züricher Kantonsregierung ein internationaler Arbeiterschutzeskongress abgehalten wird. Wenn heute abermals das Geschrei nach neuer, schärferer Verfolgung der Sozialdemokratie erhoben würde und man dem Sozialismus gleich der Hydra den Kopf abschlagen wolle, so könnten wir diesen Bestrebungen gegenüber ruhig bleiben. Mit uns im Bunde stehe die Macht der Verhältnisse, und darum werde die Sozialdemokratie blühen und gedeihen, wenn von ihren Feinden längst die Namen und die Thaten nicht bloß der Vergangenheit, sondern auch der Vergessenheit verfallen sein werden.

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und ihre völkerbefreienden Bestrebungen schloß Bebel unter dem stürmischen Beifall der riesigen Versammlung seine begeisterte Rede.

Nach weiterer Musik und Gesangsvorträgen hielt Genosse Greulich im Züricher Dialekt eine mit belehrendem Ernst und heiterem Humor gemischte Rede über die Verhältnisse und die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Bauern. Er brachte zum Schluß seiner interessanten und von den zahlreich anwesenden Landleuten mit vielem Beifall aufgenommenen Rede ein dreifaches Hoch auf das Zusammengehen der Arbeiter und Bauern aus.

Auch Genosse Rohm von Konstanz sprach einige Worte und schließlich ging die Fahnenweihe des sozialistischen Züricher Fahrradklubs vor sich.

In aller Ruhe und Ordnung, wie das Fest verlaufen, wurde es auch beendet und die Züricher und Winterthurer wieder in zwei Extrazügen heimbefördert. Es war ein schöner Tag, ein wahres Volksfest zur Erinnerung an eine Zeit tiefer Erniedrigung Deutschlands, welche Erinnerung aber verschönt wurde durch das stolze und erhebende Bewußtsein des Sieges des Rechts über das Unrecht, der glänzenden Ueberwindung einer traurigen Gewaltpolitik und der hoffnungsfrohen Zuversicht, daß die Zukunft der Sozialdemokratie gehört.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Ausnahmegesetz gegen Anarchisten empfiehlt die „Allg. Ztg.“ in dem Sinne, daß unter anarchistischer Flagge begangene Vergehen oder Verbrechen stets mit den schwersten Strafmaßen gefolgt werden. In dieser Hinsicht wären internationale Vereinbarungen, Auslieferungsverträge usw. nur zu wünschen. „Von all den schönen Straftheorien ist hier die Abschreckungstheorie die einzig angebracht. Wenn man von dem jüngsten anarchistischen Verbrechen liest, so könnte man wirklich etwas von dem Schauder verlieren, den die jetzt nicht mehr möglichen Ausgebirten der alten Abschreckungstheorie, z. B. die qualifizierte Todesstrafe der Karolina, in uns erwecken.“ — Haben aber denn thatsächlich zur Zeit der „Karolina“ die qualifizierten Todesstrafen verheerend gewirkt und die Zahl und die Schwere der Verbrechen gemindert?

Ueberschwemmung und Anebelung des Volkes. Die im „Scharfmachen“ unerwähnte „Post“ hat vorgeschlagen, den Landtag einzuberufen, um ihn Mittel für die Ueberschwemmten bewilligen zu lassen und ihn dann zugleich unter Hinweis auf die Ermordung Canovas' auf's Neue mit der Novelle zu dem Vereins- und Versammlungsgesetz zu befragen. „Sollte der Versuch wieder vergeblich sein, so müßte trotz aller Bedenken allgemein politischer Natur der Ablehnung die Auflösung des Abgeordnetenhauses auf dem Fuße folgen.“ Diese Art Scharfjägerpolitik behagt selbst dem konservativen „Reichsboten“ nicht, welcher bemerkt: „Die Regierung wird ein solches Ansinnen, welches das Ueberschwemmungsglück benützt, um in seinem Gefolge einen Konflikt mit dem Abgeordnetenhause zu brechen, mit sich abweisen. Solche Wege kann keine Staatsregierung geben, was sie thut, muß sie mit gerader Offenheit dem Landtage gegenüber thun. Wenn die Regierung diesen Rath der Scharfmacher in der „Post“ befolgte, so wäre ihre unzweifelhafte Niederlage durch diese empfohlene Methode piffiger Ueberumpelung nur noch in recht empfindlicher Weise vergrößert und zwar nach der moralischen Seite hin. Und dem darf die Regierung sich nicht aussetzen.“

Bismarck's Sturz. In einem aus Berlin datirten Artikel schreibt die Münchener „Allgemeine Zeitung“:

In den letzten Tagen ist mehrfach daran erinnert worden, daß Fürst Bismarck kurz vor seinem Sturze mit Windthorst verhandelte, um die Bedingungen kennen zu lernen, unter denen der Führer des Zentrums das Letztere in die Schlachtlinie der staatsverhaltenden Parteien einschleusen lassen würde. Der Vermittler bei jenen Verhandlungen war bezeichnender Weise Herr v. Blicher — Herr Windthorst stellte solche Bedingungen, daß Bismarck sie für unerfüllbar erklärte — der Kaiser aber, als er durch Herrn v. Blicher davon benachrichtigt worden war, daß eine Zusammenkunft zwischen Bismarck und Windthorst stattgefunden, war darüber berathig erregt, daß er bei Tagesanbruch zu Bismarck fuhr, der noch schlief, und ihn interpellirte, wie er mit einem Manne verhandeln könne, den er mit einem Ausbruch bezeichnete, der nicht gerade erntend war. Dieser Zwischenfall trug mehr zum pöblichen Sturze Bismarck's bei als alle anderen querelles allemandes. Die richtige Ursache ist aber Niemand klar geworden: es war die, daß der Kaiser damals des Glaubens war, durch das Herüberziehen der abeligen Elemente des Zentrums eine Spaltung desselben herbeiführen zu können; er sah in der Bismarck'schen Verhandlung mit Windthorst eine unbeabsichtigte oder beabsichtigte Kreuzung seiner Fiktel; diese aber waren in dem vorliegenden Falle ebensovientig glückverheißend wie später, als Caprivi sich die erdenklichste Mühe gab, bei der Militärvorlage eine Spaltung des Zentrums dadurch herbeizuführen, daß er die Abeligen und früheren Offiziere auf seine Seite brachte. Auch bei den Polen hat man dasselbe Rezept in Anwendung zu bringen versucht, indem man die Abeligen zur Krone herüberziehen versuchte. Das Ende vom Liede war, daß man die demokratische Strömung in der Partei unterstützte, und das war auch der Erfolg der Bemühungen um die Gunst des Zentrums. Daß im deutschen Zentrum auch konservative Kräfte latent vorhanden sind, deren positive Mitarbeiterschaft an dem inneren Ausbau des Reiches gewiß begriffenwerth wäre, leugnen wir nicht. Allein die geschickteste Hand wird sie, wie die Dinge heute liegen, nicht frei machen können. Diese innere Scheidung muß sich aus dem Zentrum selbst heraus entwickeln; Eingriffe von außen können nur schaden. Das politische Gewicht des katholischen Abels endlich wird von der Zentrumsapartei, die nicht selten über dessen Wünsche schonungslos zur Tagesordnung übergeht, richtiger gewerthet, als dies von anderer Seite aus anders gearteten Verhältnissen heraus häufig genug geschieht.“

„Diese Darstellung ist“, so wird von den bismarckischen „B. N. N.“ bemerkt, „was die am Morgen des 15. März 1890 zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck stattgehabte Unterredung anbelangt, im Einzelnen richtig bis auf die Einleitung. Nicht Fürst Bismarck hat mit Windthorst, sondern dieser mit ihm zu verhandeln gesucht. Thatsächlich hat jene Unterredung

aber nur auch äußerlich den Bruch herbeigeführt, der innerlich seit längerer Zeit vorhanden war, sonst wäre dieser ganze Vorgang mit seinen charakteristischen Neben Umständen überhaupt nicht möglich gewesen. Um so mehr trifft die Annahme zu, daß es sich dabei um einen wohlausgeformten Plan des Vater Lanormain gehandelt hat, selbst wenn man zulassen will, daß Herr Windthorst in erster Linie seine Fraktionsherrschaft zu sichern bedacht war."

Auch Herr v. Pöbbeck hat schon seine Lobredner in der Presse. So finden wir in der „Täglichen Rundschau“ die folgende Notiz, die wir mit allem gebotenen Vorbehalt wiedergeben:

„Der neue Staatssekretär des Reichspostamts, v. Pöbbeck, welcher von seiner Inspektionsreise nach Frankfurt a. O. wieder zurückgekehrt ist, geht in seinen Reformen dem bürokratischen Poppe energisch zu Leibe. So hat er an die Ober-Postdirection neuerdings zwei Verfügungen erlassen. In der einen wendet er sich gegen die geschränkte, weitschweifige Darstellung von amtlichen Vorgängen u. s. w. und verlangt eine präcise Fassung. In der andern Verfügung bekämpft er die eingerissene Unsitte, bei Beförderungen, Auszeichnungen von Vorgesetzten die devotesten Glückwünsche an den Betreffenden zu richten.“

„Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe“ — nach diesem vom preussischen Justizminister Schönstedt einem altrömischen Satiriker entlehnten „alten Rechtsgrundsatz“ erfolgt wohl auch die Beurteilung der bekannten Düsseldorf Scharfmacher Versammlung seitens der preussischen Justizbehörden. Besagte Scharfmacher, die Bueck und Genossen, hatten eine gemeinsame öffentliche Erklärung erlassen zu dem Zwecke, für das kleine preussische Sozialistengesetz Stimmung zu machen. Damit den Herren einmal deutlich gemacht werde, daß schon die bestehende Gesetzgebung die Vereins- und Versammlungsfreiheit mehr als genügend beschränke, erstattete Genosse Dr. Lütgenau der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf Anzeige wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Eine Strafverfolgung der Scharfmacher erfolgte indessen nicht, sondern Dr. Lütgenau erhielt den Bescheid, die Herren hätten nur dinirt, nicht aber sich versammelt. Ueber diesen Bescheid geschah allgemeines Schütteln des Kopfes und Dr. Lütgenau wendete sich mit seiner Anzeige nun an die Oberstaatsanwaltschaft in Köln. Aber auch diese wies die Anzeige zurück, und zwar mit folgendem Bescheid:

„In Ihrer Anzeige gegen Bueck und Genossen wegen Zuwiderhandlung gegen das Vereinsgesetz kann Ihrer Beschwerde vom 26. Juli d. S. eine weitere Folge nicht gegeben werden, da nach den stattgehabten Ermittlungen im vorliegenden Falle den Beschuldigten eine gegen das Gesetz verstößende Handlungsweise nicht zur Last fällt. Die in Ihrer Beschwerdebekunde bezogenen gerichtlichen Erkenntnisse treffen nicht die hier allein zur Entscheidung stehende Frage, ob unter gegebenen Umständen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 strafbare Zuwiderhandlung vorliegt. Dagegen nehme ich in Bezug auf das Urtheil des preussischen Obergerichtes vom 5. November 1874 — Opreußhof, Rechtsprechung des Obergerichtes, Band 16, S. 749 — sowie auf die Urtheile des Kammergerichts zu Berlin vom 9. Juli 1885, 5. Oktober 1891 und vom 12. Januar 1893 — Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts, Band VI, S. 243, Band XII, S. 235 und Band XIII, S. 364. Nach.“

Geradezu pikant wird die Sache, wenn man sich einige der vom Oberstaatsanwalt zur Begründung seines Ablehnens in Bescheiden angezogenen Urtheile näher ansieht. Da heißt es in einem:

„Eine zum Zwecke der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten berufene Versammlung unterliegt der gesetzlichen Anzeigepflicht nach der Verordnung vom 11. März 1850 § 1 auch dann, wenn den zusammenberufenen Personen der Zweck ihres Zusammenkommens von den Unternehmern der Versammlung vorher nicht mitgetheilt worden war; es ist auch rechtlich nicht von Erheblichkeit, ob demnach die von den Unternehmern von vornherein beabsichtigte Erörterung öffentlicher Angelegenheiten unter einer besonderen Organisation oder einheitlicher Konstituierung der Versammlung zu diesem Zwecke stattgefunden hat, oder ob dies ohne eine solche in durchaus zwangloser Weise geschehen ist.“

Ein Dr. K. hatte sich nämlich als Wahlkandidat im Wirthshaus mit Urwählern unterhalten. Er und der Brauereibesitzer W. wurden wegen dieser nicht angemeldeten Unterhaltung bestraft.

Bueck und Genossen hatten „dinirt“ und sich dabei auch über öffentliche Angelegenheiten unterhalten. Aber sie sind nicht strafbar, weil — nun weil am 9. Juli 1895 das Kammergericht zwei Leute verurtheilt hat, die im Wirthshaus öffentliche Angelegenheiten in zwangloser Form besprochen!

Am 12. Januar 1893 erkannte das Kammergericht: „1) Wenn nach dem materiellen Schluß einer statutenmäßigen Vereinsversammlung die anwesenden Mitglieder von dem Vorsitzenden behufs Erörterung sozialpolitischer Angelegenheiten zusammenhalten werden, so ist dies eine neue Versammlung, von welcher der Ortspolizeibehörde vorher Anzeige zu erstatten ist. 2) Auch das Vorlesen sozialpolitischer Schriften ohne Debatte fällt unter den Begriff der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten.“

Das Urtheil betraf einen Bergmann, welcher als Vorsitzender nach dem materiellen, aber nicht formellen Schluß einer Zahlstellen-Mitgliederversammlung des Verbandes einige Zeitungsartikel vorgelesen hatte. Im Erkenntniß heißt es weiter: „Der Vorderrichter hat ohne Rechtsirrtum eine neue, selbstständige Versammlung angenommen und in den von ihm festgestellten Thatsachen eine Zuwiderhandlung gegen §§ 1, 11 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erblickt.“

Es dient also zur Entschuldigung der Scharfmacher, daß Bergleute wegen Nichtanmeldung einer zweiten Versammlung, in welcher keine Debatte stattfand, verurtheilt wurden. Beim „Diner“ der Bueck und Genossen

hatte aber bekanntlich eine sehr lebhafteste Diskussion stattgefunden.

Wir sind oft in der Lage gewesen, erklären zu müssen, daß unserm bescheidenen Menschenverstande manche Sprünge juristischer Scharfsinn ganz unbegreiflich seien. Bei dem Bescheide des Kölner Ober-Staatsanwalts ist uns indessen plötzlich die Erleuchtung gekommen. Wir wissen nun die deutsche Rechtspraxis und insonderheit die Thätigkeit der Staatsanwaltschaften „voll und ganz“ zu würdigen und sind nunmehr im Stande, alles etwa noch auf diesem Gebiet zu Leistende in aller Seelenruhe zu erwarten. Staunen werden wir nie mehr!

Eine historische Neuinszenierung. Die „Volksztg.“ schreibt: Wir haben unlängst an ein spasshaftes Bismarck'sches Wort, gefallen im Reichstage des Norddeutschen Bundes, erinnert. (Bismarck erklärte, er würde selbst einen Geistlichen zum Generaltelegraphen-Direktor machen, wenn er gut telegraphiren könnte.) Heute wollen wir daran erinnern, daß in Preußen ein ehemaliger Prediger schon einmal Minister der auswärtigen Angelegenheiten gewesen ist. Friedrich Wilhelm III. war es, welcher einen ehemaligen Geistlichen an die Spitze seines Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten stellte. Ansellon, der Nachfolger des Grafen Bernstorff, hatte, einer französischen Predigerfamilie entstammend, in Genf Theologie studirt und war 1791 Prediger der französischen Gemeinde zu Berlin geworden. Er war ein Schönredner, sein Vortrag hatte zwar wenig Inhalt und war zuweilen recht fade, wurde jedoch durch einen süßlichen Optimismus vermischt mit salbungsvoller Phrase und echter Kanzellogik, ein Brei, der empfandamen Hofdamen sehr schmackhaft war. Bewunderer dieser Gattung waren es, die ihn zum Erzieher der königlichen Prinzen, insbesondere später auch des Kronprinzen, ausersahen. Er mußte sich in dieser Stellung so zu empfehlen, daß er ins auswärtige Ministerium übernommen und schließlich dessen Chef wurde. Charakterlose Veffissenheit, so urtheilt ein Biograph von ihm, seine milden Umgangsformen halfen ihm, die subalterne Einsicht und den geringen Umfang seiner Fähigkeiten verdecken. Staatsmänner wie Hardenberg, Humboldt, Bernstorff, hatten von seiner geschäftlichen Tüchtigkeit eine nicht gerade sehr hohe Meinung, und die Beamten seines Ministeriums begleiteten die Nennung seines Namens jedesmal mit recht vielsagendem Lächeln. Gneisenau nannte ihn spöttisch den „Hospfaffen“, und Treitschke sagte über ihn: „Der eitle Mann strahlte vor Freuden über die neue, längst insgeheim erstrebte Würde und warf mit erhabenen Aussprüchen politischer Weisheit so freigebig um sich wie Louis Philipp von Orleans, dem er auch in seiner äußeren Erscheinung auffallend ähnelte. Die beständigen Schmeicheleien für Metternich und der salbungsvolle Predigerstil seiner endlosen, lehrhaften Depechen ließen seine Politik noch schwächer erscheinen als sie war.“ Metternich'scher Staatsweisheit zu gehorchen, das war, wenn überhaupt eins in Ansellon's Ministerthätigkeit gefunden werden kann, das Prinzip, das ihn leitete. Metternich konnte bei der Nachricht von Ansellon's Tode mit Jug und Recht ausrufen: „Mir ist, als hätte ich die Deckung meiner rechten Flanke verloren.“ Dabei suchte er mit augendienlicher Veffissenheit auf die phantastischen Liebhabeereien des Kronprinzen einzugehen und dem hohen Adel, soweit es nur möglich war, entgegen zu kommen. Nichtsdestoweniger haßte man den „bürgerlichen“ Minister, den Parvenu, in den Hofkreisen. Als er im April 1837 bedenklich erkrankte, erörterte man, ohne viel Theilnahme für den „Hospfaffen“ an den Tag zu legen, in recht charakteristischer Weise die Nachfolgerfrage. Man glaubte, daß Herr von Rochow, der Erfinder des „beschränkten Untertanenverstandes“, die meisten Aussichten habe, obschon er der dazu erforderlichen Eigenschaften und Kenntnisse noch mehr entbehre als Ansellon. In eingeweihten Kreisen meinte man zu dieser Kandidatur, wie Barnhagen erzählt: „Warum nicht? Die Laufbahn ist ihm neu, die Geschäfte fremd, Kenntnisse fehlen ihm, Haltung und Charakter ebenfalls, aber er ist Herr von Rochow und gut russisch — warum also nicht?“

„Pharisäer- und Schriftgelehrtenhum“. Man kann in unserer Zeit die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht mehr vertheidigen, ohne sich bewußter Lüge schuldig zu machen. Die Kritik der gegenwärtigen Zustände ist bereits zu allgemeinen Kenntniß gelangt, und wer sie ignorirt, muß mit Absicht die Augen von den Mißständen abwenden. Je weniger nun die publizistischen Hausknechte des Kapitals selbst an seine Unbeflecktheit glauben, um desto größerer Wuth — um das eigene Wahrhaftigkeitsgefühl zu betäuben — wenden sie sich gegen die Sozialdemokratie, wenn diese die bestehenden Verhältnisse ins richtige Licht zieht. Da wird öffentlich alles um so lauter abgeleugnet, je mehr man es im Geheimen zugiebt. Manchmal aber gerathen die Preßkloster sich selbst in die Haare. Das ist besonders jetzt öfters der Fall, da die Schlotmagnaten mit den Krantunkern sich zanken. Die Zeitungen, je nachdem sie diesem oder jenem „Herrn“ dienen, schleppen nun Kübel voll allerlei Liebenswürdigkeiten herbei, um sich damit gegenseitig zu bewerfen. Plötzlich wird nun jeder für die Mißstände, welche im sozialen Gebiet seines Gegners liegen, hellsehend und posant wie mit Schadenfreude in alle Welt hinaus. Stellt man zusammen, was beide schreiben, da hat man, was die Sozialdemokratie stets gesagt hat, deshalb aber von beiden Seiten mit der größten Erbitterung bekämpft wurde.

Neulich hat Pastor Göhre eine schauerhafte Schilde-

rung der Wohnverhältnisse ländlicher Arbeiter veröffentlicht. Die gesammte bürgerlich-liberale Presse, bis auf die hochhonorabile „Vossische Zeitung“, drückte diese Ausführungen mit dem größten Wohlbehagen nach. Die agrarisch-konservative Presse schimpfte, konnte aber die Thatsachen nicht ableugnen. Nunmehr kehrt sie den Spieß um und als Gegenstück zu den jämmerlichen Zuständen auf den Rittergütern verweist sie auf die nicht minder ungeheuerlichen Zustände in den städtischen Schlafstellen.

Die „Kreuz-Zeitung“ bringt mit unverhaltener Freude folgenden Auszug aus der „M. Allg. Ztg.“:

„Aeltere Leser erinnern sich gewiß, daß ähnliche Schilderungen, wie sie jetzt Pastor Göhre von einem Landgut im Oberbruch entwirft, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre Tag für Tag in sozialdemokratischen Zeitungen von industriellen Welt- und Wohnstätten verbreitet wurden. Heute nimmt es sich besonders seltsam aus, wenn sich in erster Reihe solche Blätter in der Reichshauptstadt mit Herrn Göhre über die grauenvolle Wirthschaft auf manchen Landgütern erheben zu müssen, in denen eine Mischung zum Kampf gegen das Schlafstellenunwesen in Berlin: das wesentlich mit durch die Wohnungsverhältnisse in vielen Stadttheilen und durch einen der niederträchtigsten aller Wucherer, den Grundstücksucher, bedingt wird, der in der Reichshauptstadt seit Jahrzehnten eine der ertragreichsten und angelegentlichsten Erwerbsarten bildet, noch zu keiner Zeit zu entbehren gewesen ist. Es ist gewiß nicht unrichtig und unmöglich, wenn notorische Mißstände, die auf dem Lande existiren, als solche ebenso gekennzeichnet werden, wie entsprechende in der Stadt. Wer aber immer nur Abflüsse verlangt und „Vaterland in Gefahr!“ ruft, wenn es sich um Schattenseiten des Landlebens handelt und mehr als anderthalb Augen andrückt und wie die Krage um den heißen Brei herumgeht, wenn grelle Schlaglichter auf Zustände fallen, die sich aus der Entwicklung der Großstädte ergeben und die tausendmal schlimmer, weil für Tausende, wirken, als solche, welche Herr Göhre entdeckt. Es ist das ein Stück modernen Pharisäer- und Schriftgelehrtenhum, das, wenn es auch noch so oft verziehen wird, doch unverzeihlich bleibt.“

Das ist wohl richtig, doch dünkt uns, daß das „Pharisäer- und Schriftgelehrtenhum“ nicht bloß in jenen Zeitungen zu suchen ist, die jetzt plötzlich ihr Herz für die Landarbeiter entdeckt haben, sondern auch in jenen, welche erst dann für das „Schlafstellenunwesen“ ihre Augen aufgethan haben, als man sie an die in ihrer Nachbarschaft liegenden Schlafstellen erinnert hat, die schlimmer sind, als Schweinefäße! Im Uebrigen aber: Gut gewählt, Ihr Maulwürfe, Ihr erspart uns ein tüchtiges Stück Arbeit!

Zur „Nothlage“ der Landwirtschaft. In den kürzlich erschienenen „Verhandlungen der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte“ für 1896 findet sich der Abdruck eines Vortrags des Landwirths Dehlinger-Weilerhof nebst einer längeren daran anknüpfenden Diskussion, der für die Beurteilung der angeblichen landwirthschaftlichen Nothlage in jeder Beziehung lehrreich ist. Herr D. berichtet über glänzende Erfolge, die er durch Gründungen in Verbindung mit sonstiger rationeller Wirthschaft erzielt hat. Der Boden seines Gutes ist keinesfalls günstig, „die Gegend gehört zu den trockensten Deutschlands“. Den naheliegenden Schluß, daß bei verständigem Wirthschaft der Landwirth bestehen kann, umgeht er, sträubt sich hingegen trotz aller Anfragen, seine Produktionskosten anzugeben. „Ich bin viel zu sehr mit Leib und Seele Landwirth, als daß ich durch Preisgabe meiner niederen Produktionskosten meinen Berufsgenossen Schaden möchte“ — — — Mit solchen Worten begründet er seine Zurückhaltung. Endlich verspricht er, „in der Winterpause, an der Hand seiner doppelten Buchführung einige Kostenberechnungen zu machen“, fügt aber hinzu: „Wenn der Herr Vorredner meint, die Wahrheit müsse gesagt werden und durchdringen, so möchte ich erwidern, daß die Erkenntniß von der Wahrheit des Nothstandes der Landwirtschaft wohl schwerlich bei den Feinden derselben durchdringen wird, ist sie ja an anderen, uns wohlgemeinten Stellen auch noch nicht durchdrungen. Deshalb fürchtete ich seither die Veröffentlichung von Zahlen, die oft fälschlich und in schädlicher Weise ausgedeutet werden.“ Der Herr zeigt seine ganz unter dem Einfluß des „Bundes der Landwirthe“ stehenden Anschauungen auch in der gesperrt gedruckten Behauptung: „Freilich ist dadurch (nämlich durch höchstmögliche Entwicklung und Ertragsfähigkeit), so lange wir in unseren jämmerlichen Erzeugnissen der erdrückenden Konkurrenz des Auslandes schutzlos preisgegeben sind, die Rentabilität unserer deutschen Landwirtschaft noch lange nicht verbrieft.“ Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß der schutzloskürstern Herr nach eigener Angabe seine Erfolge wesentlich einem ausländischen Produkt, nämlich einem amerikanischen Pfluge, verdankt.

Die Zukunft des Zentrums erfährt in einem süddeutschen Organ dieser Partei, der „Augsb. Postzeitung“ folgendes Prognostikum:

„Im Reich wird die bisherige ausschlaggebende Stellung des Zentrums nach beiden Seiten, nach Seiten der einseitig preussisch-konservativen wie der radikalen oder übertrieben demokratischen Politik aus den Gebieten, welche bisher im Centrum ihre Vertretung sitzen hatten, in keiner Weise bedroht. Das Centrum sieht in seinen Stammesgenossen zu fest. Es hat auch im Jahre 1887 seine 101 Abgeordneten im Reichstage gezählt. Auch die Bauernbunds-Bewegung in Altbaiern wird, selbst wenn die Wünsche der Dr. Kögler, Dr. Sigl, Dr. Kleitner ganz in Erfüllung gehen, an der Stellung des Zentrums im Reich nichts ändern.“ (?) Es ist dies die sicherste Thatsache, wenn auch ein wahrer Hohn auf die großen Reden des Dr. Kleitner. Für die Stellung des Zentrums im Reichstage ruht die Gefahr nämlich nicht in einem Anwachsen des demokratisch-radikalen, wenn auch agrarisch-radikalen Flügels, die Gefahr besteht vielmehr darin, daß

in Folge des Druckes von oben und in Folge Zusammen- schlusses der früheren Kartellparteien diese für sich allein derart erstarken und zwar auf Kosten der Linksparteien, daß sie für sich die Majorität bilden. So war es im Jahre 1887. Damals kamen 78 Konservative, 42 Freikonservative und 96 National- Liberale in den Reichstag, bildeten also eine Mehrheit für sich mit 216 Stimmen bei 397 Abgeordneten. Da- mals schloß die freisinnige Partei auf 31 Mann zu- sammen, während sie in der vorhergehenden Periode 67 und in der Wahl 1890 wieder 64 Mann zählte. Die süddeutsche Volkspartei verfiel gänzlich, während sie 1884 sieben, im Jahre 1890 wieder zehn Mann zählte. Auch die Sozialdemokraten sanken von 24 Mandaten auf 11 und stiegen erst 1890 wieder auf 35. Und trotz des rapiden Niederganges war die Mehrheit der Kartell- parteien eine gar nicht so bedeutende. Das Zentrum hatte eben seine 101 Siege bewahrt. Der Kampf also um eine eventuelle Heraushebung des Zentrums aus seiner Stelle im Reichstage wird nicht in Süd- deutschland und nicht in dem katholischen oder mit Katholiken in größerem Prozentsatz durchsetzten prote- stantischen Gegenden Norddeutschlands, sondern in den eigent- lichen rein protestantischen Gegenden des nördlichen Deutschlands ausgefochten. Dort handelt es sich darum, wie weit eine etwaige Vereinigung der Anhänger der früheren Kartellparteien zu Stande kommt, und mit welchem Erfolge dieselbe gegen die norddeutschen radikalen Parteien (Freisinn u. Sozial- demokratie) in dem Wahlkampfe sich schlägt. Die Punkte, um welche es sich bei der nächsten Reichstagswahl han- deln wird, und die Miquel als nächst vorstehende Punkte auch nicht mit seiner schlan erdachten Mittelstandsposi- tion in den Hintergrund zu drängen vermag, sind von solch einschneidender Bedeutung, daß an besondere Er- folge der Kartellparteien dies Mal auch bei allem Zusammengehen nicht zu den- ken ist. Groß-Marine, Abänderung des Reichstags- Wahlrechts, reaktionäre Vereinsgesetzgebung sind drei so mächtige Schlagwörter, daß eher auf ein Erstarken der radikalen Strömungen gerechnet werden muß. Gewinnen aber die drei Kartellparteien nicht ganz besonderes Terrain (z. B. zählen die Konservativen etwa 60, die Freikonservativen etwa 25, die Nationalliberalen an 50 Abgeordnete), so ändern auch die Neuwahlen an der Stellung des Zentrums nichts.

Kolonialstreifen. Trostlose Zustände herrschen nach einer Schilderung der „Deutschen Kolonial-Zeitung“ in der Südoestecke des südwestafrikanischen deutschen Schutzgebietes. Die Trockenheit des Vorjahres habe unter dem Vieh der Eingeborenen sehr aufgeräumt und die Eingeborenen um ihren Besitz gebracht. Da sie nun nicht in der Lage gewesen seien, der Jagd nachzugehen, weil es ihnen infolge der Sperrung an Munition gebrach, so hätten sie sich durch Viehdiebstahl bei den weißen Ansiedlern einen Unterhalt verschafft. Hunderte von Hottentotten wären in den letzten Jahren an Hunger elend zu Grunde gegangen. Die an der Grenze wohnenden Ansiedler würden jetzt durch die strenge Absperrung der Grenzen wegen der Minderpest sehr ge- schädigt. Verkehr und Handel liegen darnieder.

Der Maschinist Theodor Lindenberg, der im Dienst des kaiserlichen Gouvernements von Kamerun beschäftigt war, ist am Fieber gestorben.

Ein Telegramm von Uppington (Südafrika) meldet, daß 90 Deutsche unter Lieutenant Helm einen Angriff auf verschanzte „Aufsührer“ machten und sie zerstreuten. Gefallen: Lieutenant Ulrich und zwei Reiter; ver- wundet: vier Reiter. Verlust der „Aufsührer“: zwanzig Tode.

Die „Soziale Praxis“ ist in die Hände einer besonderen Gesellschaft übergegangen, zu der u. A. die Herren Abgeordneten Rösicke und Siegl, Frhr. v. Berlepsch und v. Kottenburg gehören. Die Redaktion übernimmt vom 1. Oktober ab Dr. Ernst Franke, zur Zeit erster Redakteur des „Hamburger Correspondenten“. Dr. Franke war früher Chefredakteur der „M. N. N.“. Herrn Jastrow, der das Blatt in letzter Zeit in der ihm gegebenen Richtung leitete, hat man wohl auf die Seite gedrückt. Schon die Namen Siegl, Rösicke, Berlepsch und Dr. Franke, lauter national- liberale „Arbeiterfreunde“, soweit es nicht an den Geld- beutel der Unternehmer geht, zeigen zur Genüge, daß das Blatt zukünftig nicht mehr die seitherige Richtung ver- folgen, wenigstens nicht mehr den unparteiischen Stand- punkt einnehmen wird. Damit geht aber auch die seit- herige Bedeutung des Blattes verloren.

Dieses Ende des „unabhängigen“ sozialpolitischen Blattes kommt für uns keineswegs überraschend. Hat doch unsere wissenschaftliche Revue, die „Neue Zeit“, gleich beim ersten Erscheinen dieser neuen Gründungen ihr zukünftiges Ende vorausgesagt. Von Stufe zu Stufe sank die „Soziale Praxis“: von dem ausgesprochen sozialdemokratischen Dr. Heinrich Braun auf den „sozial- liberalen“ Dr. Jastrow und von dem „sozialliberalen“ Dr. Jastrow auf den nationalliberalen Dr. Franke! Die Professoren, die ihre literarischen Übungen in der „Sozialen Praxis“ unterbrachten, werden es vielleicht auch späterhin thun, — das Arbeiter-Publikum, welches man um die Zeitschrift sammelte und jetzt einer nationalliberalen Sozialpolitik ausliefert, wird sich sehr enttäuscht fühlen. Allerdings, zahlreich ist dieses Arbeiter- Publikum nicht und bald wird es sich gänzlich verlaufen. Herr Commerzienrath Rösicke wird unter den Curatoren der „Sozialen Praxis“ aufgeführt — wie wird's nun aber, wenn es jetzt zu einem neuen Bierbockott in Berlin kommt?

Norwegen.

Das Storting hat seine Legislaturperiode be- schlossen. Nach dem norwegischen „Sozialdemokrat“ ist das Resultat der letzten Tingperiode in kurzer Zusammen- fassung das folgende:

„Man kann behaupten, daß in dieser Parlaments- periode so fleißig gearbeitet wurde, wie man es nur ver- langen kann. Ob aber die Arbeit qualitativ das gleiche Lob verdient, muß billig bezweifelt werden. Aber trotz des überflüssigen Geschwäzes und der Neigung, Kleinig- keiten zu Staatsaktionen aufzubauschen, kann doch nicht geleugnet werden, daß er eine Menge Fragen behandelt und erledigt hat.“

In politischer Hinsicht hat er eine andere Rolle ge- spielt, als man erwartet hatte. Der Beschluß betreffend die Kriegsrüstungen, der Vizekönigliche Stimmrechtsbeschluß und die Zollgesetzgebung liegen entweder außerhalb des Programms, auf das die Stortingmänner gewählt wur- den, oder stehen direkt im Widerspruch mit den Ansichten der Wähler. Der Beschluß vom 7. Juni bedeutet den Rückzug der Linken in der Unionspolitik. Die Ausgaben für die gemeinsame Diplomatie und das gemeinsame Kon- sultatswesen wurden, wie früher, bewilligt. Das Konsultats- gesetz (betr. eigene Konsulate) wurde verworfen und alles bleibt bis auf Weiteres beim Alten.

Die Frucht der unionspolitischen Niederlage wurden die gesteigerten Kriegsbewilligungen im Jahre 1895. Die Konsequenzen haben sich denn auch in Schweden ergeben. Beide Unionsländer „reorganisieren“ nun ihr Vertheidi- gungswesen mit ständig wachsendem Militärbudget. Der Militäransatz hier wie anderwärts.

Während des Wahlkampfes hieß es, wenn die Linke die Majorität bekäme, dann würde das allgemeine k o m m u n a l e Stimmrecht eingeführt werden. Aber auch in diesem Falle wurde es anders. Einer der „Demokraten“ widersetzte sich dem, und so wurde ein Ge- setz geschaffen, das zwar einen Fortschritt bedeutet, aber nicht so wenig von der Durchführung des „allgemeinen“ Stimmrechts entfernt ist, und das wiederum so mangel- haft abgefaßt ist, daß seine Auslegung sogleich Veran- lassung zu heftigem Streit gab.

Schließlich kamen dann die Rölle, gegen die genug gesagt ist, um es noch einmal zu wiederholen.

Daneben hat das „Unionskomitee“ gearbeitet, so viel man sieht ohne jedes Resultat. Aber es hat dazu beige- tragen, die Gemüther ein wenig zu beruhigen, und be- sonders hat sich „die Rechte“ darüber gefreut, den ge- fährlichen Agitationsstoff in einem zum Schweigen ver- pflichteten Komitee vergraben zu haben. In derselben Richtung hat die charakter- und kraftlose gegenwärtige Koalitionregierung gewirkt.

Unter den Beschlüssen, die gefaßt wurden, mag noch das Flaggengesetz erwähnt werden. (Führung der „reinen“ Flagge in Norwegen, das heißt ohne das schwedische „Unionszeichen.“) Es wird vom König nicht sanktioniert, auch wenn es nächstes Jahr wieder angenom- men wird.

Ein wichtiges Gesetz wurde verworfen: das von den politischen Rechten und dem Vereinrecht der Arbeiter. Wieder war es der eine „Demokrat“, welcher die Mehrheit im Stiche ließ.

Oesterreich-Ungarn.

Die kroatischen Wahlen vor dem Landtag. Aus Agram wird geschrieben: „Die Reden der oppositi- onellen Redner in den letzten Debatten, welche den Vor- gängen bei den Landtagswahlen im vergangenen Mai gewidmet waren, gestalteten sich zu furchtbaren Anklagen gegen das jetzige System und dessen Hauptstützen, die gegenwärtigen und die früheren Landtags-Majoritäten seit 1883. Nach der Darstellung der erwähnten Redner finden die kroatischen „Wahlen selbst in Ungarn und Galizien nicht ihresgleichen. So führte der Abgeordnete Derencin in betreff der blutigen Vorgänge in Bosnjacki an: Alle Verwundeten, selbst jene, die ihren Wunden er- legen sind, sind mit geringfügiger Ausnahme nicht etwa auf dem Plage gefallen, wo sie versammelt waren, son- dern innerhalb eigener oder fremder Wirthschaftshöfe, wohin sie sich geflüchtet haben. Acht der nächsten Häuser sind von Gewehrkegeln förmlich tätowirt. Die Gen- darmen rissen den üblichen Fahnenträgern die Fahnen aus den Händen und zertrümmten deren Hände mit Bajon- netten. Ein Gensdarm schoß auf einen gewissen Babo- gredac und dieser fiel; sein Weib sah es und lief herbei, um ihn zu schützen, aber der Gensdarm schrie ihm zu: „Aus dem Wege, damit ich ihm den Garaus machen kann“ — und schoß auf den am Boden liegenden Bauer, ja er schoß noch ein drittes Mal, als der Bauer schon eine Leiche war; dabei verwundete er auch schwer dessen Weib. In Bosnjacki sind 9 Menschen getödtet, 50 schwer verwundet worden und die Regierung sorgte nicht ein- mal für ärztliche Hilfe für diese Unglücklichen. Heute zwingt die Besärbde in Bosnjacki die Bewohner, eine Er- klärung zu unterschreiben, in welcher gesagt wird, daß die Bevölkerung die Katastrophe verschuldet hat, und die Be- hörde verspricht dagegen, daß dann das Militär abrückend wird, welches dort noch immer auf Kosten der Gemeinde einquartirt ist. Der Abgeordnete Kutuzovic berichtete, daß die Verwundeten liegen blieben, bis Würmer in die Wunden kamen, dann erst wurden sie auf eigene Kosten ins Spital überführt. Ein Weib wurde beim Brotbacken, ein Fuhrmann beim Tränken seiner Pserde erschossen. Die That ereignete sich am 22. Mai und bis jetzt weiß man nicht das Resultat der Untersuchung! Die Abgeord- neten David Starcevic, Kutuzovic, Dr. Patocujak führen haarsträubende Fälle von Willkür in Verwaltung und Justiz an, trotzdem fiel aber der Antrag des Abgeord-

neten Dr. Derencin auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Fälle von Willkür und Gewaltthätigkeit der Regierung, so daß der Abgeordnete D. Starcevic schließlich ausrief: Uns Kroaten bleibt heute nichts übrig, als unsere Zuflucht bei Gott zu suchen!

Rußland.

Sibirien ein zweites Kalifornien? Dem „Daily Chronicle“ wird aus Rußland gemeldet, daß die nach Ochotsk, in Kamtschatka von der russischen Regierung ausgesandte Expedition am ostsibirischen Meere zwölf reiche Goldfelder an den Flüssen Arischa, Nemodja, Lan- tara und anderswo entdeckt hat. Gegenwärtig zieht die Expedition in die Gegenden nördlich von Ochotsk, um das Westufer von Kamtschatka nach Gold zu durch- forschen. Die russische Regierung wird bald eine zweite Expedition nach Sibirien senden, um weitere Erhebungen über die sibirischen Goldfelder anzustellen. „In Rußland glaubt man, daß Sibirien mit der Zeit noch ein zweites Kalifornien werden wird.“

Lübeck und Nachbargebiete.

19. August.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern und Töpfern nach Rostock, Schlossern und Maschinbauern nach Dänemark.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebi, Wasserstradt, W. Senff, S. M. Th. Wahrdt, J. P. S. Pamperin, F. Schramm, sowie Demuth u. Co., ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3, Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Gewerkschaftsfest. Die Inhaber von Festarten werden ersucht, sobald als möglich abzurechnen, damit das Komitee seine Geschäfte erledigen kann.

Als gefunden eingeliefert wurde beim Polizianten: 1 goldener Ring mit rothem Stein, 1 goldener Trauring, worin der Name „Anna Walte“ und Datum.

Was gilt als Brief? Häufig findet man im Publi- cum die Ansicht vertreten, daß Sendungen bis 200 g, dem Meistgewicht der Briefe, auch als Briefe verschickt werden können, gleichviel, wie es um die Form und die äußere Beschaffenheit steht. Das ist jedoch nicht der Fall. § 2 der Postordnung (Ausführungsbestimmung) besagt: „Zur Beförderung als Briefe sind nur solche Sendungen geeignet, die ihrer Form und Beschaffenheit nach in die Briefbunde verpackt werden können und bei denen ohne Beschädigung des Inhalts eine deutliche Stempelung, sowohl auf der Vorder- wie auf der Rück- seite, möglich ist. Briefe mit Papptaschen usw. dürfen in ihren Ausdehnungen 20 cm Länge, 10 cm Breite und 5 cm in der Höhe nicht überschreiten. Gegenstände in Rollenform, mit Ausnahme von Druckfachen und Muster- sendungen, dürfen zur Beförderung als Briefsendungen nicht genommen werden.“

Druckfehler. In der gestrigen Nummer muß es in der letzten Zeile des Gedichtes lauten: „Erhält nur der höchste Hüchisse uns am Leben.“

Feuer brach in der Nacht auf Mittwoch in einem Schuppen des Glasermeisters Ahrens in der Hund- straße auf dem Hofe aus, wurde jedoch bald ohne Hilfe der Feuerwehr gelöscht. Die Nachbarn in der Hund- und Johannisstraße wurden durch dasselbe in recht un- angenehmer Weise vorzeitig aus den Federn gejagt.

Vom Tage. Ein Handlungsgehülfe, welcher mit einem dem Kaufmann Schreunberg gehörigen Wechsel über 850 Mk. flüchtig geworden war, hat sich der Polizei selbst gestellt. — In Haft gerieth ein Arbeiter, welcher in Travemünde einem schlafenden Kollegen Portemonnaie mit 14 Mk. und Uhr nebst Kette gestohlen hatte. Man betraf ihn in einer hiesigen Herberge. — Gestohlen wurde einem Lehrling in einer Badeanstalt ein Portemonnaie mit 2,10 Mk. — Mittelfst Einbruch gestohlen wurden aus den Selterbuden vor dem Burg- und Mühlenthor Kleidungsstücke, Cigarren und bares Geld. — In Haft gerieth ein Arbeiter wegen angeblicher wiederholter Miß- handlung seiner Frau.

Ueber den Werth der „Schwimmfeste“ bringt ein hiesiges Blatt eine Notiz, welche auf Verkenmung der thatsächlichen Verhältnisse beruht. Nur in einer einzigen hiesigen Badeanstalt werden derartige Feste arrangirt und zwar zum Benefiz für den Schwimmlehrer mit Ein- willigung der Verwaltung der Anstalt. An diesen Festen betheiligen sich die Schüler des Lehrers, welche später auf Wettschwimmen des Schwimmvereins sich auszuzeichnen pflegen. Auch an dem am 23. d. Mts. stattfindenden Schwimmen betheiligen sich dieselben Schwimmer, welche auf den Schwimmfesten vertreten sind. Sonach kann nicht wohl gesagt werden, daß letztere in sportlicher Be- ziehung bedeutungslos seien, während andererseits selbst- verständlich ist, daß bei denselben ein kleiner Verdienst erzielt werden soll, welcher dem Veranstalter wohl zu gönnen ist, und ihm von allen Betheiligten auch gerne gegönnt wird. Bei den Wettschwimmen des Vereins be- theiligen sich vorwiegend auswärtige Schwimmer, während zum „Schwimmfeste“ nur Abonnenten der Badeanstalt Zutritt haben. Die angeführte Notiz macht also in ganz einseitiger Weise Reklame für einen Verein und schädigt grundlos einen Privatmann.

Die Brauerei „Paulshöhe“ vorm. A. Spitta in Ostorp b. Schwerin hat ihre Vertretung Herrn Mar- tin Müller, hier, Königstr. 59, übertragen. Die Fabrikate der Brauerei wurden auf der Ausstellung 1895 mit der goldenen Medaille prämiirt. (f. Inf.)

Das Amt des Notars Dr. Burmeister ist nach einer Bekanntmachung der Ferien-Civillammer des Landgerichts erloschen.

In das Handelsregister ist eingetragen am 18. Aug. 1897 auf Blatt 1170 bei der Firma „Johs. Vöhmann“: Prokurist: Carl August Friedrich Johannes Schmachtel. **Hamburg.** Der Arbeits-Nachweis der Eisen-Industriellen am Kraienkamp veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1896, welchem wir folgende Biffern entnehmen:

Nach den Gewerken geordnet, betrug die Zahl der Arbeitssuchenden:

Schlosser	2552	hiervon eingestellt	1864
Maschinenbauer	1507		618
Hobler, Bohrer	109		78
Dreher	448		415
Kesselschmiede	400		533
Schmiede	1520		620
Eisenbahnarbeiter	111		148
Maler, Vorhalter	888		850
Mietensdamer	350		420
Formen	490		607
Glaser, Gelbgießer	207		123
Klempner	487		77
Maler, Anstreicher	1013		304
Stumpfschmiede	272		287
Elfscher	1024		823
Modellstecher	152		131
Stelmacher	304		118
Drechsler	30		8
Setzer	378		28
Arbeiter für Schiffbau	601		594
Sonstige Arbeiter	8205		1644
Summa	21818		10331

Nach Altersstufen geordnet, fagen sich die Eingestellten zusammen aus: 2180 unter 21 Jahren, 4793 von 21—30 Jahren, 2334 von 30—40 Jahren, 860 von 40—50 Jahren, 154 von 50—60 Jahren, 11 von 60—

70 Jahren. Von den Arbeitssuchenden waren 15260 Hamburger, 4823 Altonaer, 1735 Fremde. Von den Eingestellten waren: 6381 Hamburger, 2872 Altonaer, 1079 Fremde. Arbeitssuchende meldeten sich demnach 21818, von denen 10332 eingestellt wurden. Arbeitsgeheude fanden 167421 statt, was einen durchschnittlichen Tagesverkehr von 546 Personen ergibt. — Der Arbeitsnachweis konnte also kaum der Hälfte der sich Meldenden Arbeit nachweisen, dennoch war er unablässig bemüht, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Neuerdings dient das Institut zur Beschaffung von Arbeitswilligen für Lübeck, woselbst bekanntlich die Wobeltischer sich im Streik befinden.

Hamburg. Auch der zweite der drei Unfallkatastrophen im Straßenbahnbetriebe, die sich am Sonntag ereigneten und über die wir gestern berichteten, hat noch den Verlust eines Menschenlebens nach sich gezogen. Der dreijährige Bruno Pawlowski, Billhorner Nöhrendamm 84, der am Sonntag Abend 8 Uhr vor dem Hause Billhorner Nöhrendamm 86 von einem Motorwagen der Linie Hallerstraße-Wasserthum überfahren und schwer verletzt wurde, ist in der Wohnung der Eltern seinen Verletzungen erlegen. Das ist das vierte Todesopfer, welches die Unglücksfälle am letzten Sonntag erfordert haben.

Hamburg. Durch einen Sturz vom Dache getödtet wurde Dienstag Vormittag 10 Uhr der in der Wilhelmstraße 25 in Darmel wohnhafte Mechaniker Hermann Peter. Derselbe war auf dem Hause Grundallee 52 beschäftigt, stürzte vom Dache auf die Straße hinab und wurde lebensgefährlich verletzt. Man brachte den Verunglückten ins Vereinshospital, woselbst er bald darauf seinen Geist aufgab.

Hamburg. Am 2.ziehungstage der 4. Klasse der 312. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:
Nr. 16551 mit 5000 Mk. Nr. 40881 mit 1000 Mk. Nr. 23513 46088 100127 114285 4 800 Mk. Nr. 20713 3441 35877 41238 57418 69519 72404 74082 80918 109998 4 200 Mk. (Ohne Gewähr)

Teterow. Erschossen hat sich nach Meldung Berliner Blätter in Göttingen der Studirende der Chemie Bernhard Ernst aus Teterow. Ernst war vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden weil er bei Abhebung von Zeugengebühren beim Landgericht sich durch unwahre Angaben des Wertes schuldig gemacht hatte.

Sprechsaal.

(Für diese Abtheilung übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

(Eingefandt.)
Die Mitglieder des „Arbeiter-Radfahrer-Vereins“ werden dringend ersucht, sich am Freitag Abend 8 1/2 Uhr im Vereinshause zur Besprechung über die Passafestfeier vollständig einzufinden.
Der Vorstand
des „A. R. V.“

See-Berichte.

- D. Wiborg, Capt. Starke, ist am 18. August in Wyborg angekommen.
- D. Marie Louise, Capt. J. Nachtwey, ist am 17. August von Kronstadt auf hier abgedampft.
- D. Neva ist am 18. August in Neval angekommen.
- D. Castor, Capt. Albers, ist am 18. August von Eumersch Bergwärts gefahren.
- D. Agge ist am 18. August von Gelle auf hier abgegangen.
- D. Burg, Capt. Thiel, ist am 18. August von Pillau auf hier abgegangen.
- D. Hebe ist am 18. August von Danne auf hier abgegangen.
- D. Finnland ist am 18. August in Abo eingetroffen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Zu vermieten ein Logis f. e. j. Mann
Bleichstraße 25.

Zu vermieten ein feines Part.-Zimmer
nach vorne an ein oder zwei Personen
Baustraße 19 a.

Zu vermieten z. l. Dft. eine Wohnung
St. Annenstraße 24.

Gesucht ein leeres Zimmer für ein junges Mädchen. am liebsten Mitte der Stadt. Offerten unter **A H** an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine kleine Wohnung für junge Eheleute. Offerten mit Preisangabe unter **M 76** an die Exped. d. Bl.

Es können noch einige Damen theilnehmen an einem **Cursum** in der **Damenschneidererei**. Honorar 15 Mark. Anmeldung täglich.

C. Badendleck, Königstraße 20.

Billig ein Paar Knaben-Krempstiefel
Königstraße 53, part.

Verloren am letzten Sonntag auf dem Wege von Israelsdorf nach Wokstinger Allee 19 a eine silberne Remontoiruhr. Abzugeben. Wokstingerstraße 24.

Verloren am Sonntag in Israelsdorf ein Damen-Regenschirm. Es wird gebeten, denselben gegen Belohnung abzugeben. Kreuzweg 1 a, 2. Et. (Hofkenthor).

Neue Berger Commerzang-Flohm-Heringe
sind eingetroffen und empfiehlt
Heinrich Koop,
4 Marktviere 4.

Ganz vorzügliche Hof-Butter
per Pfd. Mk. 1.10
empfiehlt
C. Krapp, obere Bahmstraße 6.

Da es für Jedermann nothwendig ist, mit dem Inhalt der

Reichsgesetze

bekannt zu sein, empfehlen wir:

Verfassung d. Deutschen Reiches 0,30 Mk.
Strafprozessordnung nebst Gerichtsverfassungsgesetz 1,60 „
Civilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, Einführungsgesetzen, Nebengesetzen und Ergänzungen 2,50 „
Gesetz betr. die Gewerbegerichte 0,50 „
Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst d. gebräuchlichsten Reichs-Gesetzen 1,— „
Unfallversicherungsgesetz 2,— „
Krankenkassen-Gesetz 1,20 „
Gewerbeordnung 2,00 „
Reichsgesetz betr. Abzahlungs-Geschäfte 1,— „
Zusatzgesetz zur Unfallversicherung der Arbeiter zum Handgebrauch für alle bei Ausübung des Gesetzes Beteiligten 0,25 „
Dasselbe mit Erläuterungen von A. Bebel und P. Singer 0,50 „

Zu beziehen durch die Expedition des Lübecker Volksboten

Mit der Leitung unserer dortigen Niederlage und Verkauf unserer Biere für Lübeck und Umgegend haben wir Herrn **Martin Müller**, Lübeck, Königstraße 59, betraut. Unsere außerordentlich beliebten Biere wurden zuletzt auf der **Deutsch-Nordischen Handels- und Industrie-Ausstellung zu Lübeck 1895** mit der **Goldenen Medaille** prämiirt.

Indem wir dies zur gefl. Kenntniß bringen, danken wir zugleich für das unseren Bieren bisher zugewandte Interesse bestens, und werden wir auch fernerhin bestrebt sein, durch tadellose und prompte Lieferung dasselbe zu rechtfertigen.

Dorf bei Schwerin i. M., den 15. August 1897.

Brauerei Paulshöhe.
Borm. A. Spitter.

Höfl. Bezug nehmend auf Obiges bitte mich auch in meiner Thätigkeit für genannte Brauerei unterstützen zu wollen.
Lübeck, den 15. August 1897.

Martin Müller.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die **Adler-Brauerei.**
Inh.: G. Teichgräber.

Pa. Hansa-Mein Etablissement Kaffee und Bier. „EINSEGEL“ Kuchen.

neu restaurirt, mit prächtigem Garten und uralten Bäumen, Lauben, Schaukel etc.; Tanzsalon mit Glas-Veranda (herrlicher Ausblick über das schöne Travethal), Clubsäle, Orchestrion und neuester Kegelbahn, bringe den verehrten Familien Lübecks und dem reisenden Publikum in freundliche Erinnerung.
Hochachtungsvoll

Chr. Koch.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 20. August 1897, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Puls über: „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse.“
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Geräuch. Schinken, ganz und in Stücken, fetten und mageren Speck (Winterwaare) empfiehlt **M. Lahrtz**, Wötkerstraße.

Französische Kartoffeln, Faß 60 Pf. Rothe Kartoffeln, Faß 40 Pf. **Joh. Nagel**, Engelsgrube 51.

Tafel-Butter

extra fein im Geschmack, Pfund Mk. 1.20

frische hiesige Hof-Butter Mk. 1.05—1.10

empfiehlt **Th. Storm**, Königstr. 98.

M. A. L. Mohr'sche * FF * Margarine

in Geschmack und Nährwerth gleich guter Butter

empfiehlt per Pfd. 65 Pfg.

die Niederlage aus der Fabrik von **A. L. Mohr**, Altona-Bahrenfeld,

von **Joh. Flindt, Lübeck**,

Johannisstraße 80.

Gesangverein „Einigkeit“

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 21. August

Abends präcise 9 Uhr. Tages-Ordnung: Innere Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Ordentliche General-Versammlung

der **Seefahrer-Krankenkasse**

(E. S. Nr. 16) am Sonntag den 22. August

Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Herrn Jürk, Engelsgrube. Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom verfloffenen Halbjahr.
2. Abänderungen der Bestimmungen der Statuten.
3. Verschiedenes.

NB. Sämmtliche Mitglieder werden dringend ersucht, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Eine „Weber“-Aufführung

an einem Sonnabend, 8 Uhr, dürfte ein dankbares Publikum finden.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

10. November 1896 bis 25. Juni 1897.

Da der Reichstag im vorigen Juli nur vertagt, nicht geschlossen worden war, so blieben nach dem Wiederzusammentritt sämtliche von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten, noch nicht erledigten Anträge in Kraft. Wir dürfen wohl davon absehen, sie an dieser Stelle zu wiederholen, nachdem wir sie im vorigen Bericht (s. Verhaer Protokoll S. 42 ff.) ausführlich wiedergegeben haben.

Ehe jedoch irgend eine unserer Forderungen nach dem üblichen parlamentarischen Geschäftsgange zur Berathung kam, hatte die Fraktion Gelegenheit, eine der kleinlichsten Bedrückungen der Arbeiter, noch dazu in ihren denkbar konservativsten Bestrebungen, durch eine Interpellation zur Sprache zu bringen.

Wesentlich hatte derselbe sächsische Landtag, der durch seine Wahlreform die Arbeiter in der Geltendmachung ihrer Interessen nach Kräften von dem gesetzlichen parlamentarischen Wege abzudrängen versuchte, zu gleicher Zeit zu einem Schlage gegen die Konsumvereine ausgeholt, die bereinigt vom Wirgerthum so oft als wesentlicher Bestandteil einer friedlichen, staats-erhaltenden Sozialreform gefeiert und empfohlen worden waren.

Nun ist in Parteikreisen zweifellos die mitunter bis zur Offenen Bekämpfung gesteigerte Abneigung des alten orthodoxen Lassalleanismus gegenüber den Schulge-Deutlichen Gründungen längst erloschen. So gut wie man durch die Erfahrungen dreier Jahrzehnte belehrt worden ist: das eiserne Lohngesetz verhindert nicht, daß abnorme Preiserhöhungen der notwendigen Lebens- und Genussmittel, etwa durch Zölle und Steuern, die Arbeiterklasse in ihrer Lebenshaltung dauernd zurückbringen können — so gut hat man auch auf der anderen Seite eingesehen, daß Preiserhöhungen der Konsumwaren durchaus nicht mit der unabänderlichen Gewalt eines Fatums in Lohnverfälschungen ungeschlagen brauchen, sondern daß sie vielfach für die Arbeiterklasse die Möglichkeit einer reichlicheren und besseren Lebensweise schaffen, wenn auch innerhalb ziemlich enger Grenzen. Neben den Arbeitergewerkschaften, die von sonstigen Zielen abgesehen, unmittelbar auf eine Erhöhung des Geldlohnes ausgehen, sind so vielfach die Arbeiter-Konsumgenossenschaften emporgewachsen, die den gleichen Geldlohn in mehr Nahrung, Bequemlichkeit und Genusß anzusehen gestatten, weil sie an den todtten Kosten unseres kapitalistisch-verwahrtkosten und desorganisierten Kleinhandels tausendfach sparen können. Gerade wo die gewerkschaftlichen Koalitionen der Arbeiter schwach und die Geldlöhne niedrig sind, hat man mit so größerer Fähigkeit die Konsumvereine entwickelt.

Aber so hoch man ihre Bedeutung für die Lebenshaltung des Proletariats heute schon veranschlagen mag, sozialdemokratische Parteieinrichtungen sind sie nicht und werden sie niemals sein. Wie weit sich Konsumvereine bilden und am Leben halten können, hängt nicht von der Stärke und dem Wachsthum unseres Par-

teilebens, sondern einfach davon ab, wie verbreitet und wie ausgeprägt das Bedürfnis nach Schutz vor der üblichen Kleinhandelsausbeutung ist. Nicht die Stellung in der Partei, sondern geschäftliche Erfahrung und Fähigkeit entscheiden über die Zusammensetzung der Leitung. Freilich werden, wie bei allen Schöpfungen der Arbeiter, Mitglieder wie Vorstände oft genug Sozialdemokraten, vielfach fast ausschließlich Sozialdemokraten sein — genau so, wie Offiziers- und Beamten-Waarenvereine gewöhnlich konservative Mehrheiten aufweisen werden, ohne darum konservative Parteigründungen zu sein. Andererseits fällt der sozialdemokratischen Partei in erster Linie die Aufgabe zu, die Interessen der Arbeiterklasse auch auf diesem Gebiet gegen die heimtückische politische Niedertracht des Konkurrenzneides und gegen beherrschende Uebergriffe zu verteidigen. Wo fänden die Arbeiter Deutschlands denn auch außerhalb der Sozialdemokratie eine öffentliche Vertretung selbst ihrer friedlichsten und wenn man will: konservativsten Bestrebungen?

Als daher der sächsische Landtag in einem Antrag eine „präzipuale gewerbliche Steuer“ verlangt hatte für alle Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die in Filialen „Lebensmittel, Genussmittel, Bekleidungsgegenstände und ähnliche für den täglichen Gebrauch dienende Artikel“ verkaufen, als eine Reihe sächsischer Gemeinden die Einführung einer strangulirenden Umsatzsteuer beschlossen und zu diesem unerhörten Vorgehen durch Gesetze höherer Behörden Sachsens geradezu herausgefordert wurden, da verfuhr die Fraktion die Reichsregierung zu einer klaren Stellungnahme zu der Frage zu veranlassen: was gedenkt der Herr Reichsminister gegen diese Maßnahmen zu thun, die eine Verletzung des § 7 Ziffer 6 der Reichsgewerbeordnung und einen Verstoß gegen Artikel II der Reichsverfassung enthalten und im Widerspruch mit dem Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 stehen?

Die Rechtslage war, wie der Referent hervorhob, eine ganz klare. Die Reichsgewerbeordnung verbietet bekanntlich „alle Abgaben für den Betrieb eines Gewerbes“, außer den an den Staat und an die Gemeinden zu entrichtenden „Gewerbesteuer“. Nun mag der sächsische Bundesrathsvorsteher ja glauben, daß es zulässig ist, ein bestimmtes Gewerbe mit einer Gewerbesteuer, etwa die Wirthe mit der Schanksteuer, zu belegen, diese Steuer mag auch nach den verschiedenen Betriebsgrößen abgestuft sein können — auf jeden Fall sind aber alle Betriebe derselben Stufe gleichzustellen; die in der Gewerbeordnung verbürgte freie Konkurrenz, die Grundzüge unseres Handelsrechts verbieten es, unter zwei sonst gleichen Konkurrenten den einen schlechter zu behandeln, weil er nicht eine physische Person, sondern eine offene Handelsgesellschaft, eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft ist. Weiter mußte selbst Herr Fischer aus dem sächsischen Ministerium des Innern „ohne Weiteres“ zugeben, daß, wenn man auf die Konsumvereine, die unter dieses Gesetz fallen, eine so exorbitante Steuer, eine Prohibitivsteuer legen wollte, die die Fortexistenz der Konsumvereine geradezu unmöglich machen würde, dies zwar nicht dem

Wort, aber wohl dem Geiste des Reichsgesetzes widersprechen würde; darüber ist gar kein Zweifel.“ Nun zahlten 148 sächsische Konsumvereine, die am 4. Oktober 1896 in Dresden durch Vertreter versammelt waren, bereits an Staatseinkommensteuer per Jahr rund 81 000 Mk., an Gemeindesteuern rund 109 000 Mk., an Grundsteuern rund 7 000 Mk., an Beiträgen zu Handels- und Gewerbesteuern 15 700 Mk., an Schanksteuer 3225 Mk., im Ganzen 202 000 Mk. Setzt man diesen Steuerjah in Vergleich zu dem Reingewinn von 3 Millionen Mark, dann zahlen die Konsumvereine 6 pCt. ihres Reingewinns an Staats- und Gemeindesteuern, das ist genau dasselbe, was in Sachsen ein Mann von 10—100 000 Mk. Einkommen jährlich auch zu bezahlen hat. Weiter gab unser Redner folgende Berechnung und Kritik der Wirkung der geplanten Umsatzsteuer:

„Bleiben wir einmal bei dem niedrigsten Satz der Umsatzsteuer, den man in Sachsen beschlossen hat (2 pCt.) und vergegenwärtigen wir uns, was das bedeutet. Nehmen wir an: Wir haben einen Konsumverein, von Arbeitern und kleinen Leuten gegründet, die sich 10 000 Mk. Kapital erspart haben; der Konsumverein erlangt mit Hilfe dieses Kapitals einen Waarenumsatz von rund 150 000 Mk. per Jahr; das ist, da die Leute ihren ganzen Bedarf an Lebensbedürfnissen im Konsumverein kaufen, und obendrein die Baarzahlung eingeführt — ein auch moralisch außerordentlich wichtiges Moment —, wohl anzunehmen. Zwei Prozent der Umsatzsteuer sind also 3 000 Mk. Steuer.“

M. S., nehmen Sie das Vermögen für die Gründung des Geschäfts als Maßstab für die Steuer, so werden im ersten Jahre drei Zehntel des ganzen sauer erarbeiteten Vermögens des Konsumvereins durch die Umsatzsteuer aufgezehrt. (Hört! hört! links.) 3000 Mk. Steuern von 10 000 Mark Vermögen, die die Vermögen der Armen aufgebracht haben, — das ist wahrhaftig christlich, meine Herren! Nehmen wir aber den Gewinn als Maßstab an, setzen wir den Fall, daß der gesammte Gewinn dieses Vereins sich im Jahre auf 10 Prozent des Umsatzes, also auf 15 000 Mk. bezifferte — das trifft ungefähr zu. Ich habe hier die Statistik der 148 Konsumvereine, die eine Mitgliederzahl von 118 000 Köpfen hatten und einen Jahresumsatz von rund 28 Millionen erzielten, zu dem noch ein Umsatz mit Bäckern und Fleischern im Gesamtbetrag von 3 Millionen hinzukommt, also zusammen rund 31 Millionen Mk. Auf diesen Umsatz entfiel eine durchschnittliche Dividende von rund 3 096 000 Mark oder 10 Prozent, sodaß auf den Kopf jedes Mitgliedes der Konsumvereine durchschnittlich 26 Mark pro Jahr kamen.“

M. S., schon dieser geringe Betrag, der durchschnittlich auf den Kopf fällt, sollte eine Regierung, die vorgeht, auch eine Regierung der Armen zu sein — und dessen bekümmert man sich ja fortgesetzt —, abhalten, eine solche Steuer auf solche Institutionen und Organisationen legen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nehmen wir also eine Summe von 15 000 Mark Gewinn an, die in dem gedachten Verein mit 15 000 Mark Umsatz gemacht wurden. Werden 2 Prozent Umsatzsteuer

Eine eilige Heirath.

Von Masson-Forestier.

Aus dem Französischen von Aug. Heine.

(1. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Verführer — ach dummes Zeug — Sie werden leicht ermessen können, wer verführt hat und wer verführt worden ist, wenn ich Ihnen sage, der Kerl dazu, das ist Firmin, der Kutscher — ich habe ihn natürlich sofort — getreten; einen Kutscher soll meine Tochter doch nicht heirathen. Nun ist es Ihre Sache, schaffen Sie einen anderen Bräutigam herbei.“

„Aber mein Gott, das geht doch nicht so rasch, man muß doch —“

„Nichts muß man — kurz und gut — Sie sehen eine Annonce in ausländische Zeitungen, es wird schon auf der Welt ein passendes Individuum (Menschenkind) zu kaufen sein.“

„Mein Wille und mein Entschluß ist folgender: Ich will einen absoluten Bruch mit ihr — für immer. Ich will — verstehen Sie? — ich will, daß sie und ihr Mann durch einen schriftlichen Eid sich verpflichten, für ewige Zeiten mir nicht wieder unter die Augen zu treten und für sich und ihre Erben auf meinen Nachlaß verzichten. Den schriftlichen Eid in bindender Form sollen Sie aufsetzen. Ich händige Ihnen binnen vierzehn Tagen zweihunderttausend Franken baar ein. Das ist genau ein Viertel von meinem Vermögen. Der Mann meiner Tochter kann sich nicht beklagen, denn er empfängt sofort, was meine anderen Kinder erst nach meinem Tode erhalten.“

Ich erlaubte mir die Bemerkung gegen die Marquise, daß die Bedingung der absoluten Erbschafts-Nachlassung nach den französischen Gesetzen nicht von bindenden Werth sei, denn eine Erbschaftsentzagung für seine Kinder, und noch dazu für die in Zukunft noch geboren werdenden Kinder steht Niemandem zu.

Vielleicht sei eine Verpflichtung auf Ehrenwort angängig, allein ein gekaufter Mann und Ehrenwort!

„Das machen Sie wie Sie wollen, ich besteho darauf und gehe von dieser Bedingung unter keinen Umständen ab.“

Wenn's nicht anders ist, so will ich noch zehn bis zwanzigtausend Franken mehr daran wenden, das soll mir nicht darauf ankommen.“

Ich will dabei kein Geschäft machen, aber ich will für ewige Zeiten meine Ruhe haben. Zum Donnerwetter, das muß doch gehen, wozu sind Sie denn Rechtsanwalt Delannoy?“

Ich sah wohl ein, die Marquise hatte sich in den Gedanken verannt — ich war damals auch bereits in dem Alter, wo ich wußte, daß man einer Frau keine Einsicht beibringen kann, wenn sie sich einmal auf eine Sache verbissen hat. Ich nahm also den sonderbaren Auftrag an.

Den anderen Vormittag, als ich wieder nach Caen (Hauptstadt der Normandie, wo diese Geschichte spielt) zurückgekehrt war, expedirte ich sofort die nöthigen Telegramme und ließ in den hervorragendsten Zeitungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Annonce folgenden Inhalts inseriren:

Eilige Heirath!

Für eine junge Dame — Französin — reich — aus hoher Familie — welche sich Mutter fühlt — wird zur sofortigen Heirath ein passender Mann gesucht. Zwischenpersonen ausgeschlossen. Briefe werden erbeten unter Chiffre T. S. S., New York, Centralpostamt.

Die Marquise wollte ihre Tochter nicht wieder vor Augen haben und ich hielt es daher für am besten, gleich das Weltmeer zwischen sie und ihre Tochter als Grenze zu setzen.

Ich bat auch den französischen Konsul in New York, unter den sich Meldenden eine vorläufige Auswahl zu treffen. Die Ausgewählten sollten von guter Herkunft,

zuverlässigen Sitten, in passenden Jahren und gesund sein, auch einigermaßen Französisch sprechen können.

Geeignete Personen sollte er mir sofort mit dem nächsten Dampfer auf meine Kosten zusenden. Mit dem Gelde der Marquise brauchte ich ja nicht zu knausern; aber die von mir getroffene Vorsicht war nothwendig, denn es meldeten sich sofort eine ganze Legion Liebhaber, darunter sogar auch ein Neger.

Die beiden ersten Ausgesuchten trafen schon nach kaum vierzehn Tagen bei mir ein. Beide waren auf einem Schiffe angelangt, hatten die ganze Reise zusammen gemacht, hatten sich unterwegs kennen gelernt und waren, obgleich Rivalen, während der Reise unzertrennliche Freunde geworden.

Allein, ich schickte beide sofort wieder zurück, denn obwohl beide als vollkommene Gentlemen (hochfeine Leute von Außen) auftraten, so mochten sie doch auf mich einen ziemlich ungünstigen Eindruck. Mir kamen Beide vor, als wenn sie ihr eigenes Vermögen schnell durchgebracht und mit dem Vermögen Charlottens auch im Umsehen fertig werden würden.

Und meiner Frau, ich hatte mit dem armen Kinde das größte Mitleid; wie würde ich sie denn dem ersten besten mir nicht ganz zuverlässig erscheinenden Menschen an Händen und Füßen gebunden ausliefern.

Der dritte Kandidat erschien vierzehn Tage später. Eigenthümliche Erscheinung; ich erschrak förmlich, als er bei mir eintrat, bevor ich wußte, was er wollte.

Er war ein Mann von hoher Statur, stark und muskulös, sein gelblich-mageres Gesicht war fast vor lauter Bart nicht zu sehen, sein Haupthaar gleich einer Bürste, sein Blick schien nervös. Er setzte sich in meinem Bureau ohne aufgefordert zu sein auf einen Stuhl, und übergab mir stillschweigend seinen Einführungsbrief, derselbe lautete kurz und bündig:

„Der Ueberreicher dieses ist ein sehr tüchtiger Arzt, Doktor der Medizin, wohnt in Chicago, sein Name ist Arnold Sutton — 38 Jahre alt.“

verlangt, so werden 3 000 Mark vom Reingewinn durch die Umsatzsteuer verzehrt. Das sind 20 Prozent Einkommensteuer, die der Konsumverein ohne die anderen Steuern bezahlt, die er ebenfalls an Staat und Gemeinden zu entrichten hat. (Hört! hört! links.)

Wir Sozialdemokraten haben uns in unseren kühnsten Träumen in Bezug auf Steuerprojekte nur dazu verfliegen, erst von einem Reineinkommen von über 1 Million Mark per Jahr 10 Prozent zu erheben. Aber die sächsische Regierung willigt ein, daß ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommen, und sei es das des kleinsten Vereins, eine Einkommensteuer von mindestens 20 Prozent erhoben werde! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

M. S., als vor einigen Jahren im preussischen Landtag das Einkommensteuergesetz beraten und in der zweiten Kammer der Antrag gestellt wurde, die großen Einkommen von mehr als 100 000 Mark per Jahr mindestens mit 4 Prozent zu besteuern, erklärte die Mehrheit, das sei nahezu eine Konfiskation des Einkommens; wer dies verlange, sei schlimmer als die Sozialdemokraten. Also 4 Prozent ist in diesem Augenblick das Maximum dessen, was in irgend einem deutschen Staat von den größten Einkommen erhoben wird. Aber, m. S., hier schlägt man kalten Bluts eine Steuer vor, die 20 Prozent des Einkommens beträgt, die, wenn man 3 Prozent Umsatzsteuer erheben würde, auf 30 Prozent wächst und bei 5 Prozent volle 50 Prozent des gesammten Reineinkommens der Vereine und häufig noch mehr in Anspruch nähme. Was soll man zu einem solchen Gewaltakt sagen? Und das geschieht von einer Regierung und von einer Kammer, die in demselben Athemzug, wo sie gegen die Arbeiterorganisationen in dieser unerhörten und skandalösen Weise vorgeht, Alles anbietet, um das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft von Staatswegen zu unterstützen. (Hört! hört! links.)

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Partei-Leben.

Der Streik der Textilarbeiter in der Wollkammerei in Delmenhorst ist vorgestern beendet worden. Gestern Morgen wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Auf Wunsch der Direktion unterhandelte am Sonntag eine Kommission mit derselben, die aus über 25 Jahre alten Leuten bestand, die schon längere Zeit im Betriebe thätig waren. Die Direktion machte folgende Anerbietungen: Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeiter der Kammerei, welche bis zu 2 Mk. verdienen, erhalten 10 Pfg. Aufschlag, ebenso die der Vorbereitung bis zum Höchstbetrage von 1,95 Mk. Für Nachschicht wird eine halbstündige Pause eingerichtet, deren Zeitpunkt für die einzelnen Abteilungen von der Direktion festgesetzt wird. Für die in Folge des Contractbruchs einbehaltenen Abhänge wird eine Entschädigung nach dem Ermessen der Direktion versprochen. Die Arbeiter der Kammerei, welche mit den Lohnsätzen nicht zufrieden sind, erhalten auf Wunsch, nachdem die Fabrik wieder drei Tage in Betrieb ist, gegen Vorzeigung eines polizeilichen Abmeldebekanntes Reisegeld bis zu 15 Mark. Die Kommission erklärte sich nach eingehender Berathung mit diesen Anerbietungen einverstanden, ebenso die Streikenden, denen diese Abmachungen am Montag Morgen unterbreitet wurden.

Zum Stettiner Tischlerstreik. Die Unternehmer haben am Freitag Abend beschlossen, das Gewerbeamt als

Er grüßte — ich grüßte.

Er sprach leidlich gut französisch und wir begannen eine Unterhaltung.

„Mein Herr“, sagte ich, „Ihre Empfehlung, Ihr Titel, Ihr Wohnort, alles das paßt mir ganz vortrefflich. Es handelt sich, wie Sie bereits wissen, um die Verheirathung eines jungen Mädchens aus hoher Familie, welche — nun, welche eben einen Fehltritt begangen hat.“

Es ist völlig ausgeschlossen, daß dieser Fehltritt dadurch wieder gut gemacht wird, daß etwa eine Berechnung mit dem Vater des Kindes stattfinden kann, andererseits soll das Kind, wenn es geboren wird, auch einen Vater haben.

Dabei fordert die Familie, daß die Tochter auf immer aus dem Familienkreis austritt, sozusagen — verschwindet.

Man wird Ihnen das gesammte Vermögen der Dame anvertrauen, nämlich zweihundertundzwanzigtausend Franken, wozu Sie und Ihre zukünftige Gattin sich beide durch Unterschrift verpflichten müssen, mit dem Tage der Verheirathung Vaterland und Familie zu verlassen, und solche bis auf den Namen Ihrer Gattin zu vergessen.

Sind Sie einverstanden?

„Im Prinzip, ja“, antwortete der Amerikaner mit Phlegma (Gleichgültigkeit), „allein ich würde doch bitten, mir zu gestatten, die junge Dame vorher zu sehen und mich über einige Punkte zu vergewissern.“

Ich konnte meine Ueberraschung nicht verbergen.

In meinen Augen war ein Mann, welcher sich anbot, eine schwangere Person des Geldes wegen zu heirathen, ein trauriger Gesell.

„Was?“ frag ich ironisch, „wenn Ihnen nun die Nase oder der Mund der jungen Dame nicht zusagt, so heirathen Sie sie wohl nicht und kehren unverrichteter Sache wieder nach Amerika zurück?“

„Nein“, entgegnete der Yankee (sprich Schänke), so viel wie Nordamerikaner) so gleichmüthig wie vorher,

Einigungsamt nicht anzunehmen. Sie betrachten den Streik als beendet und wollen von den 60 Gesellen, die noch streiken, keinen wieder annehmen. Es wurde ferner beschlossen, gegen 9 Mitglieder des Arbeitgeberbundes, welche bewilligt und daraufhin Gesellen erhalten haben, mit Strafen vorzugehen. Jeder Geselle soll 10 Mk. Strafe kosten.

Aus dem Farbwerk „Paradies in Gächst. In sehr bedenklicher Lage befinden sich, wie die Frankfurter „Volksstimme“ berichtet, bei der Sommerhitze die in dem Raume „Para“ beschäftigten Arbeiter. Kaum ein Tag ohne einen Fall von Anilin-Vergiftung. In der vorletzten Woche starben an einem Tage drei Arbeiter zusammen, von denen zwei im Krankenhaus Aufnahme fanden, wo „Anilismus“ festgestellt wurde. In Folge der Gefährdung der Gesundheit und der kläglichen Bezahlung (2,70 Mk. pro Tag und 2 Stunden Vergütung) in dieser Abtheilung, ist stets in derselben Arbeitermangel. Die höchsten Farbwerke haben in den letzten Jahren 28 Prozent Dividende vertheilt, ihre Aktien stehen auf 460 Prozent. Dabei prunkten sie mit „Wohlfahrts“-Einrichtungen! — Wie billig ist es doch, Wohlthäter zu sein!

Aus Nah und Fern.

Abermals ein Unglück auf der Oberelbe. Aus Sandau in Sachsen wird berichtet: Am Montag kenterte bei starkem Winde und reichender Strömung das Boot in dem der Gutspächter Lütke zu Wöbenwerden mit vier Mägden über die Elbe fahren wollte. Alle fünf Personen fielen in's Wasser und ertranken bis auf ein Mädchen, das, als Hülfle herbeikam, noch schwache Lebenszeichen gab.

Ueber das Schiffsunglück in Dresden, das, wie wir schon kurz mitgetheilt, sich am Sonntag zutrug, schreibt die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“: Auf Neustädter Seite lag kurz nach 6 Uhr der kleine Schraubendampfer „Undine“, mit etwa 40 Personen besetzt, zur Ueberfahrt nach dem Altstadt Ufer bereit. In dem Moment, als der kleine Dampfer vom Ufer abstoßen wollte, kommt der vom Altstadt Ufer abgefahrene Dampfer „Bilka“, an das rechte Elbufer, um zu landen, und fuhr dabei an das Hintertheil der abfahrenden „Undine“ an. In Folge dieser Anrennpelung soll angeblich die Dampfpeise beschädigt und die Insassen des Bootes beunruhigt worden sein, daß sie eine Panik ergriff, die dadurch ihren Ausdruck fand, daß sich die gesammten Fahrgäste alle auf die Steuerbord- (rechts) Boots-Seite drängten, um durch einen Sprung an's Land zu kommen und den Steg zu erreichen. Selbstverständlich mußte dadurch der Dampfer das Gleichgewicht verlieren und kentern, so daß sämtliche Insassen in den Strom fielen. Eine größere Anzahl hatte zum Theil selbst das Land erreichen können, ein anderer Theil ist an's Ufer gezogen worden. Nach der Meldung des „Dresdner Anzeigers“ ertranken eine ältere Frau, ein zehnjähriges Mädchen und zwei Grenadiere. Nach einer anderen Meldung fehlen 3 Kinder und ebenso soll der Maschinist der „Undine“ ertrunken sein. — Das neueste Telegramm lautet:

Unter den vermißten Personen befinden sich drei im Alter von 10, 8 und 7 Jahre stehende Kinder des Schuhmachers Rosenlöcher in Dresden, die 15 jährige Tochter der Wäscherin Milderer in Dresden und der 10 jährige Knabe Willy Schulz aus Berlin.

„das Gesicht kümmert mich nicht sehr — hoffentlich ist sie nicht widerwärtig häßlich — aber was ich vor meiner Entschließung wissen muß, ist das, ob die Dame von kräftiger Gesundheit ist, können Sie mich über diesen Punkt zur Zufriedenheit aufklären, so bin ich befriedigt.“

Sutton sprach dies Alles mit großer Festigkeit.

„Gestatten Sie, verehrter Herr“, sprach ich, „darf ich mir die Frage erlauben, welche Umstände treiben denn Sie — offenbar einen Mann von nicht gewöhnlichen Kenntnissen zu einer solchen Verbindung, welche, ehrlich gestanden, doch ein wenig gegen das allgemeine Herkommen ist?“

„Weil ich einmal ein abgesagter Feind von all' Eurem Herkommen und all' den herrschenden Anschauungen bin.“

Ich verhehle gar nicht, daß ich in dieser Verbindung, ganz abgesehen von dem Geldpunkt, das Glück meines Lebens zu finden erwarte. Ich ersuche Sie daher nur um Beantwortung dieser einen Frage: die junge Dame und ihr Liebhaber, sind sie beide von gesunden Körperverhältnissen? Das Kind wird mein Kind sein und ich habe mich zu vergewissern.“

„Gewiß, gewiß“, erwiderte ich nicht ohne Verlegenheit „die junge Dame ist von einer ausnahmsweisen Kraft und Gesundheit, der Vater ist todt — ist auf der Jagd verunglückt, er war ein Landmann, groß und von kräftiger Gestalt.“

„Ein junger Mensch, ein Bauer — o vortrefflich“, sagte der Amerikaner, dessen Gesicht plötzlich aufheiterte — „ganz wie ich gehofft.“

„Aber Herr Doktor“, wagte ich zu fragen, „würden Sie mich wohl gütigst darüber aufklären, weshalb der letztere Umstand für Sie von so großer Wichtigkeit ist?“

„Unnützlich, Sie würden es doch nicht verstehen!“ Der Amerikaner war dabei aufgestanden, hatte mir den Rücken zugekehrt und betrachtete die Bilder an der

Andreas Nordpolarexpedition. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Aus der Advent Bay, 11. d. M. Nachmittags wird gemeldet: Gleichzeitig mit unserem „König Harald“, Kapitän Wade, der sich auf einer Touristen-tour befindet, lief, von den Siebeninseln kommend, der kleine Dampfer „Egpreß“ mit Theodor Verners Polarexpedition in die Bay ein. Verner theilt mit: Am 20. oder 22. Juli trafen wir, während ich schlief, auf ungefähr den 80° 47' die Hammerseker Seehundjacht „Allen“, Kap. Nilfen. Die Besatzung theilte meinen Leuten mit, daß sie zwischen dem Nordlay und den Siebeninseln eine Brieftaube, die sie für einen Unglücksvogel gehalten, geschossen hätten. Die Taube habe eine geschlossene Depesche getragen mit der Aufschrift: Zu besorgen an das Stockholmer „Aftonbladet“. Der Inhalt der Depesche habe gelautet: „82. Grad passirt. Gute Fahrt nordwärts. Andree.“ Das Datum der Depesche sei nicht festzustellen gewesen, da Nilfen sie nicht herausgeben wollte und Verner nicht gewerkt wurde. Verner versuchte während drei Tage die „Allen“ wiederzutreffen, was aber wegen Nebels nicht gelang. Wir gehen nordwestwärts und hoffen, die „Allen“ zu treffen.

Wie groß die Durchschlagskraft der Kleinkalibrigen Geschosse ist, konnte man bei der Schießübung des Jägerregiments in Grima sehen. Vom Schießplatz bei Hölzen aus flogen manche Kugeln über das Möncherholz hinweg und schlugen auf dem über zwei Kilometer entfernten Markthafschachte in Balken und Mauern ein; mit welcher Kraft, das bewies ein Schuß, der durch ein Küchenfenster fuhr und dieses so glatt durchschlug, daß nur ein kleines kreisrundes Loch, aber kein Sprung entstand. Die Kugel fuhr dann noch durch eine Thür und in die Wand hinein.

Moderne Ehefrau. „Nun, Lucie“, fragte der moderne Ehegatte, „was hast Du heute alles getrieben?“

Die moderne Frau nahm ihren Hut ab.

„Oh!“ antwortete sie, „ich war heute schrecklich in Anspruch genommen: Um neun Uhr in der Früh hatten wir Vorlesung bei Mrs. K., eine reizende Vorlesung! Mrs. K. las über die „Architektur der vermurthlichen Hauptstadt des Mars“ — ich wollte, Du hättest es hören können — und daran anschließend trug Professor W. über „Die Insekten von Central-Afrika“ vor. Es war so interessant.“

„Das glaub' ich!“

„Dann um elf Uhr war ein Meeting des „Theosophischen Klubs“, und um halb zwölf Uhr betheiligte ich mich an einer Besprechung der Komiteemitglieder des „Vereins zur Besserung der Mörder.“

„Schön!“

„Und um zwölf frühstückte ich mit Mrs. B.“

„Sehr schön!“

„Nachmittags mußten wir zu den Theaterproben in die „Ibsen-Gesellschaft“. Als ich dann nach Hause ging, sah ich ein reizendes Kind auf der Straße spielen, gerade vor unserer Wohnung, ein entzückender kleiner Junge! Ich mußte ihn küssen! Wenn ich nur wüßte, wem das Kind gehört?“

„Hatte es blonde Haare?“ fragte der moderne Ehegatte.

„Ja!“

„Und blaue Augen?“

„Wunderbar blaue Augen?“

„Und eine schmutzige Blouse an?“

„Ja, eine abscheuliche Blouse!“

„Dann weiß ich, wessen Kind es ist!“

„Nun?“

„Das unsrige!“

Wand, wobei er halbheise den Dankedoble pff. (Der Dankedoble ist ein beliebtes amerikanisches Volkslied.)

Ich brach daher von der Sache rasch ab und frug ihn ohne Umschweife, welches Leben er bisher geführt habe.

„Sie sind ein Notar, mein Herr“, entgegnete der Doktor, „das will sagen, so eine Art Beichtvater der besitzenden Klasse, nun ich habe Medizin studirt auf der Universität in Boston, meine Papiere lege ich Ihnen nächstes Mal vor — allein ich gestehe Ihnen offen, ich habe bisher von meinen medizinischen Kenntnissen wenig Gebrauch gemacht, sondern ich habe mein Leben der Sache der Enterbten geweiht.“

Ich bin Sozialdemokrat. Ich habe in Amerika die internationale Arbeiter-Organisation aufgerichtet, ich bin der Sekretär der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Chicago.

Meine Partei steht heute kräftig da, die Führung befindet sich in zuverlässigen und tüchtigen Händen, ich kann daher heute von der Leitung zurücktreten und auch ein wenig an mich selbst denken.

Andererseits erfordert es meine Gesundheit — ich fühle es, daß ich mich schnell aufreibe. Mein Gehirn ist angerrissen. Es ist die höchste Zeit, daß ich eine andere Lebensweise beginne, geistige Ruhe — körperliche Arbeit und Bewegung — Luft — Licht.

Ich will zum „Far-West“ ziehen, (zum fernen Westen, so bezeichnet der Amerikaner das noch unbefiedelte und theilweise noch ziemlich unbekanntere innere Land der Vereinigten Staaten) in diesen unbekannteren Regionen will ich verbauern. Ich will ein Bauer, ein Viehzüchter werden, daneben hoffe ich die Anstiebler mit meinen medizinischen Kenntnissen unterstützen zu können, vielleicht auch mit meinen sozialistischen — wer weiß. Dies alles aber kann ich nicht ohne eine kräftige, tüchtige Frau und ohne Geld. Mein eigenes Vermögen aber habe ich der Sozialdemokratie geopfert. Nun wissen Sie Alles!“

(Fortsetzung folgt.)